



Städte- und Gemeindebund Brandenburg, Stephensonstr. 4, 14482 Potsdam

Staatskanzlei Sachsen-Anhalt
Hegelstraße 42
Referat Medienrecht und Medienpolitik

39104 Magdeburg

- per E-Mail -

(sternnahme.jugendangebot@stk.sachsen-anhalt.de)

Der Geschäftsführer

Stephensonstraße 4
14482 Potsdam

Telefon: 03 31 / 7 43 51-0
Telefax: 03 31 / 7 43 51-33

E-Mail: mail@stgb-brandenburg.de
Internet: <http://www.stgb-brandenburg.de>

Datum: 2015-07-28
Aktenzeichen: 300-12

Stellungnahme im Rahmen des offenen Konsultationsverfahrens zum „Jugendangebot von ARD und ZDF“

Sehr geehrte Damen und Herren,

dem Städte- und Gemeindebund Brandenburg ist es wichtig, sich am Konsultationsverfahren zum geplanten Jugendangebot von ARD und ZDF zu beteiligen und Stellung aus der kommunalen Perspektive zu beziehen.

Die von uns vertretenen Kommunen sind zwar weder Medienverband noch Medienunternehmen, so dass ein Jugendangebot erst einmal keine uns betreffenden wirtschaftlichen Auswirkungen haben könnte. Uns kommt es aber darauf an, dass junge Menschen im Alter zwischen 14 und 29 Jahren erreicht werden, die sich von konventionellen Wegen der Informationsbeschaffung längst verabschiedet haben. Nachrichtensendungen des Fernsehens werden von ihnen i.d.R. nicht - zumindest nicht regelmäßig - frequentiert. Sie nutzen vermehrt Informations-, Kommunikations- und Unterhaltungsangebote wie YouTube, Facebook und andere internationale Anbieter. Dort dominieren derzeit vor allem Inhalte, deren Interessen rein kommerzieller Natur sind. Diese Welt wird nicht nur von Anbietern aus Übersee dominiert, sondern ist leider auch inhaltlich vielfach frei von den Werten, auf denen unsere Gesellschaft sich gründet. Wie eine Nachricht zustande kommt, ob sie auf Fakten beruht, sorgfältig recherchiert ist, welche Bedeutung ihr zukommt, ob bei der Verbreitung Persönlichkeitsrechte gewahrt bleiben, all das spielt offenbar keine Rolle mehr und wird auch nicht mehr bewertet.

Wir sehen - zumindest in großen Teilen - eine eher unpolitische Jugend heranwachsen. Das Interesse an Politik, Demokratie und unserer Gesellschaft schwindet. Schule und gesellschaftliche Begegnungsstätten tun natürlich nach wie vor ihr Möglichstes dagegenzuhalten, doch stehen sie angesichts der Herkulesaufgabe auf verlorenem Posten. Dabei wächst auch die Gefahr, dass bereits Schülerinnen und Schüler Indoktrinierungsversuchen von Extremisten oder vom ganz rechten Rand des politischen Spektrums ausgesetzt sind und sich ihnen unkritisch ergeben.

Gelingt die Umsetzung des Anspruchs, einen öffentlich-rechtlichen Programmstandard in seiner Darbietung und Distribution so aufzuarbeiten, dass er mit dem Nutzerverhalten und den Ansprüchen seiner Zielgruppe kompatibel ist, dann sehen wir darin ein taugliches - vielleicht sogar alternativloses - Instrument, um den uns so wichtigen Altersbereich zu informieren, zur eigenen Meinungsbildung und -mitteilung zu animieren und das Bedürfnis zu stärken, am gesellschaftlichen Diskurs teilzunehmen. Das Jugendangebot richtet sich an Menschen in einer Lebensphase, in der der Grundstein für die individuelle Meinungsbildung gelegt wird. Wir setzen dabei auf die demokratiestiftenden Inhalte, die Orientierung in der realen Lebenswelt junger Menschen bieten. Das Angebot von ARD und ZDF soll die für unsere Gesellschaft essentiellen Werte wie Toleranz, Solidarität, Demokratie und Freiheit vermitteln und den Blick auf die relevanten Themen in Deutschland und der Welt eröffnen. Davon profitiert am Ende unsere ganze Gesellschaft.

Von dem Jugendangebot in der konzipierten Form versprechen wir uns die Abhilfe eines weiteren Defizits. Kommerzielle Anbieter sind den Regeln des Marktes ausgesetzt. Dies kann man ihnen nicht vorwerfen. Sie bedienen die Nachfrage auf einem Markt dann, wenn sie dort einen Gewinn erzielen können. Das freie Spiel der Kräfte fokussiert sich auf die kaufkräftige Jugend im urbanen Umfeld. Themen, die im ländlich geprägten Brandenburg Menschen in Regionen abseits der Metropolen betreffen, kommen deshalb nicht angemessen im Internet vor. Das Jugendangebot von ARD und ZDF hingegen soll sich an alle gesellschaftlichen Schichten im gesamten Bundesgebiet richten und will Begleiter für junge Menschen im Alter von 14 bis 29 Jahren sein. Es will ausdrücklich auch ihre Impulse aufnehmen und eine Austauschplattform bieten – losgelöst von der Bewertung einer Vermarktungsfähigkeit.

Wir trauen es dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch zu, den richtigen Ton, die richtigen Themen und mit der gebotenen Flexibilität die richtigen Formate zu finden und auszugestalten. Immerhin hat er in seinem auf die junge Zielgruppe zugeschnittenen Radioangebot immer noch die Richtigen erreicht - keine schlechte Basis, um nun „ausschließlich online“ eins drauf zu setzen.

Wir regen darüber hinaus an, zu prüfen, ob sich das Angebot auch auf Kinder ab dem Grundschulalter ausrichten kann, denn das Einstiegsalter zur Nutzung von online-Angeboten liegt weit unter 14 Jahre.

Wir sprechen uns deshalb in enger Abstimmung mit dem Mitglied der kommunalen Spitzenverbände im rbb-Rundfunkrat, Frau Elisabeth Herzog-von der Heide, Bürgermeisterin der Stadt Luckenwalde, für das geplante Jugendangebot von ARD und ZDF aus und freuen uns, wenn die Länder alsbald den staatsvertraglichen Grundstein dafür legen.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung



Monika Gordes